



Presseschau vom 29.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass* in Rot (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen* in Blau (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

deutsch.rt.com: **Sergei Lawrow: "Wir sollten uns nicht wie die Amerikaner verhalten"**

In mehreren Interviews in den vergangenen Tagen hat der russische Außenminister Sergei Lawrow deutlich gemacht, dass Moskaus Geduld mit einigen westlichen Ländern zu Ende ist. Man habe zu lange darauf geachtet, was in diesen Hauptstädten über Russland gedacht wird, und sich danach gerichtet. ...

<https://de.rt.com/2bhz>

Paul Linke: **„Kein anderer Weg“ – Historisches Treffen: Botschafter der Konfliktparteien streiten um Bergkarabach**

Es war das erste Mal, dass sich die Botschafter von Armenien und Aserbaidschan gemeinsam vor die Presse gewagt haben, um Fragen von Journalisten zu beantworten. Es kam zu einem brisanten Wortgefecht. ...

<https://sptnkne.ws/Ehcr>

Paul Linke: **„Bürgerkriegsatmosphäre in Frankreich“ – Eskalation durch Politik gegen „islamischen Separatismus“?**

Nach einer Reihe von mutmaßlich islamistischen Anschlägen in Nizza, Paris und Dresden verurteilt der staatliche türkische Verband „Ditib“ in Deutschland die Attacken, beklagt aber auch „staatliche Repressionen“ und warnt vor einer verallgemeinernden Rhetorik.

Islamwissenschaftler Ghadban spricht dagegen von einem Bürgerkrieg in Frankreich. ...
<https://sptnkne.ws/Ehts>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Die USA planen, Hyperschall- sowie Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa zu stationieren.** Das sei zur Abschreckung Russlands nötig, erklärte der Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O'Brien, am Mittwoch in Washington.

„Wir sind aus dem INF-Vertrag ausgestiegen. Im Ernstfall werden wir derartige Waffen in Europa stationieren, um Russland abzuschrecken“, sagte der Berater im Hudson Institute. Der unbefristete INF-Vertrag über die Reduzierung bodengestützter Mittel- und Kurzstreckenraketen war vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, und US-Präsident Ronald Reagan am 8. Dezember 1987 in Washington unterzeichnet worden. Das Dokument trat am 1. Juni 1988 in Kraft. Am 2. August 2019 kündigten die USA diesen Vertrag einseitig auf.

Russlands Präsident und Oberbefehlshaber Wladimir Putin hatte in dieser Woche verkündet, dass Russland keine landgestützten Mittel- und Kurzstreckenwaffen in Europa oder in anderen Teilen der Welt stationieren werde, solange die USA davon absehen.

Das Hudson Institute ist eine führende konservative Denkfabrik in den USA. Es wurde 1961 in Croton-on-Hudson im US-Bundesstaat New York vom Zukunftsforscher Herman Kahn sowie von Max Singer und Oscar Ruebhausen gegründet. 1984 wurde der Hauptsitz des Instituts nach Indianapolis und 2004 nach Washington verlegt.

kpu.ua: Am 28. Oktober 2020, am 76. Jahrestag der Befreiung der Sowjetukraine von den Hitler-Besatzern, ihren Satelliten und willfährigen Dienern fand in der Heldenstadt Kiew unter Beteiligung von Vertretern des Kiewer Stadt- und Oblastkomitees der KPU, Vertretern des Komsomol, der Union Sowjetischer Offiziere, der Frauen- und Veteranenorganisation eine Niederlegung von Blumen am Ewigen Feuer des Denkmals des Ewigen Ruhms statt. Vor der Blumenniederlegung fand eine kurze Kundgebung statt, die der Leiter der Kiewer Stadtorganisationen der Veteranen eröffnete und durchführte.

Auf der Kundgebung sprachen:

Jelena Bereshnaja, Direktorin des Irina-Bereshnaja-Instituts für Rechtspolitik und sozialen Schutz

Georgij Wladimirowitsch Bujko, Sekretär des ZK der KPU, Vorsitzender des Antifaschistischen Komitees der Ukraine

Michail Kononowitsch, erster Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol der Ukraine

Nikolaj Trofimowitsch Kurilenko, Teilnehmer der Kämpfe in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges.

Nach einer Schweigeminute legten die Teilnehmer der Kundgebung Blumen am Ewigen Feuer nieder. Danach ehrten die Anwesenden herausragende Heerführer des Großen Vaterländischen Krieges, deren Denkmäler sich auf dem Gelände der Gedenkstätte befinden. Es ging nicht ohne unangenehme Zwischenfälle. Diensthabende Polizisten stürzten sich dauernd auf Teilnehmer der Veranstaltung, um ihnen die rote Fahne des Sieges aus den Händen zu reißen. Die Nachkommen der sowjetischen Befreier vom Nazismus verteidigten das heilige Symbol des Großen Sieges.

Während zur Zeit der Präsidentschaft Poroschenkos Nazis die Teilnehmer solcher Veranstaltungen überfielen, so überfallen sie bei der Präsidentschaft Selenskijs seine treuen Polizeidiener...

Hier kann man berechtigt die Frage stellen: Wann wurde die sowjetische Symbolik verboten, außer bei der heutigen national-oligarchischen Regierung? Richtung – während der Besatzung

der Ukraine durch die faschistischen deutschen Besatzer 1941-1945.

Jetzt die Schlussfolgerung, wer ist heute an der Macht, fragt Euch selbst ...

Unter Bedingungen der derzeitigen Herrschaft der politischen Reaktion, wo die Regierung in der Ukraine von geistigen Nachfahren Hitlers und Banderas ergriffen wurde, muss man an die Worte I.W. Stalins erinnern, dass „die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk bleibt“.

Das passt auch auf „unsere“ nationaloligarchischen Speichellecker des internationalen Kapitals. Sie gehen oder sie werden gegangen, aber das Volk der Ukraine wird bleiben. Es müssen sich nur alle bewusst werden, dass für den Sieg der wahren Demokratie und der sozialen Gleichzeit, für Frieden, Volksmacht und sozialen Fortschritt gekämpft werden muss! Pressedienst des Kiewer Stadtkomitees der KPU



https://www.kpu.ua/uploads/2020/10/%D0%9A%D0%B8%D0%B5%D0%B2/%D0%92%D0%BE%D0%B7%D0%BB%D0%BE%D0%B6%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B5/%D0%92%D0%BE%D0%B7%D0%BB%D0%BE%D0%B6%D0%B5%D0%BD%D0%B8%D0%B5%20%D0%B2%20%D0%9A%D0%B8%D0%B5%D0%B2%D0%B5_01.JPG

de.sputniknews.com: **Französischer Diplomat in Ankara einbestellt – Quelle**

Ein französischer interimistischer Geschäftsträger ist in Ankara wegen der beleidigenden Karikatur des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan in der Zeitschrift „Charlie Hebdo“ einbestellt worden, teilte eine Quelle im türkischen Außenministerium gegenüber Journalisten am Mittwoch mit.

„Der französische interimistische Geschäftsträger ist in Ankara einbestellt worden, wo ihm gegenüber eine scharfe Verurteilung bezüglich der Karikatur in der Zeitschrift 'Charlie Hebdo' ausgesprochen wurde“, sagte die Quelle.

Erdogan-Karikatur

Die Karikatur war auf der Titelseite der Mittwochausgabe von „Charlie Hebdo“ erschienen und zeigt den türkischen Präsidenten in weißem Oberteil und Unterhose auf einem Sessel sitzend. Der Titel lautet: „Erdogan – privat ist er sehr lustig.“

Auf der Zeichnung hält Erdogan eine Dose in der Hand und hebt das Gewand einer verschleierte Frau hoch, um ihr nacktes Hinterteil zu enthüllen. „Ohh! Der Prophet!“, heißt es dazu in einer Sprechblase.

Spannungen wegen Karikaturen

Nach dem brutalen Mord an dem Lehrer Samuel Paty durch einen mutmaßlichen Islamisten hatte der französische Präsident Emmanuel Macron mehrmals die Meinungsfreiheit und Veröffentlichung von Karikaturen des islamischen Propheten Mohammed in der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ verteidigt. Der Lehrer hatte im Unterricht die Bilder als Beispiel für Meinungsfreiheit gezeigt.

Macron stellte Maßnahmen im Kampf gegen „islamistischen Separatismus“ vor. Es gehe darum, einen „Islam der Aufklärung“ aufzubauen und ihn von ausländischem Einfluss zu befreien. Auch die Finanzierung von Moscheen soll stärker kontrolliert werden.

Die Äußerungen des französischen Staatschefs zur Meinungsfreiheit und zum Islam hatten zwischen Frankreich einerseits und der Türkei sowie anderen muslimischen Ländern andererseits für Missstimmung gesorgt.

Der türkische Staatschef Recep Tayyip Erdogan hatte dazu aufgerufen, französische Waren zu boykottieren, und Macron persönlich angegriffen. Er empfahl seinem französischen Amtskollegen, sich psychisch untersuchen zu lassen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31339/32/313393250_0:532:5413:3461_1000x0_80_0_1_3724245e727f6c85dd57c205d7589abc.jpg

de.sputniknews.com: **„Illegale Agenten“ Chinas: USA erheben Anklage gegen acht Personen**

Die Vereinigten Staaten haben Anklage gegen acht Personen erhoben und sie einer Verschwörung beschuldigt, im Namen Pekings zu arbeiten, teilte das US-Justizministerium am Mittwoch mit.

Dafür sollen die Personen an einer „internationalen Kampagne zur Bedrohung, Belästigung, Überwachung und Einschüchterung“ chinesischer Bürger teilgenommen haben, damit sie in ihr Heimatland zurückkehren.

„Ich bin hier, um Anklage gegen acht Personen wegen ihrer Tätigkeit als Agenten der Volksrepublik China zu erheben, während sie an einer illegalen chinesischen Strafverfolgungsoperation namens Fox Hunt hier in den USA teilnehmen“, erklärte der Assistant Attorney General der Abteilung für nationale Sicherheit des Justizministeriums, John Demers, gegenüber Reportern am Mittwoch.

Demers zufolge wurden inzwischen fünf dieser Personen festgenommen. Andere, sagte er, sollen sich in China befinden.

In den von Reuters zitierten Gerichtsakten wurde behauptet, dass das Ziel der „Fox Hunt“-

Operation darin bestanden habe, auf im Ausland lebende chinesische Staatsangehörige einzuwirken und sie zu zwingen, nach China zur Anklage zurückzukehren. Nach Demeters Meinung habe man dadurch versucht, Pekings Kritiker zum Schweigen zu bringen. „Die heutigen Anklagen spiegeln ein weiteres Beispiel für Chinas anhaltendes und weit verbreitetes gesetzloses Verhalten wider“, kommentierte FBI-Direktor Christopher Wray die Mitteilung.

Bereits im Juli sagte Wray, dass chinesische Geheimdienstagenten „Hunderte“ chinesischer Staatsangehöriger, die in den Vereinigten Staaten leben, unter Druck gesetzt hätten, um sie ins Mutterland zurückzubringen.

Nach Angaben des FBI wurde die Operation vom chinesischen Ministerium für Öffentliche Sicherheit geleitet, nachdem sie vor sechs Jahren von Präsident Xi Jinping gestartet worden war.

Peking seinerseits beschreibe die Operation als eine internationale Antikorruptionskampagne, die darauf abziele, korrupte Bürger aufzuspüren, die ins Ausland geflohen sind.

Das US-Ministerium für innere Sicherheit (DHS) hat China (neben Russland und dem Iran) Anfang Oktober in seine Bewertung als nationale Bedrohung aufgenommen.

„Die größte äußere Bedrohung, mit der die USA heute konfrontiert sind, ist das chinesische Regime, die Kommunistische Partei unter dem Vorsitz von Xi Jinping“, sagte US-Außenminister Mike Pompeo vor kurzem in einem Interview.

Zuvor hatte er im Zuge des Briefings in London angekündigt, dass die USA auch eine Koalition für den Kampf gegen die „chinesische Gefahr“ bilden wollen.

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 28. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.sputniknews.com: Hyperschallraketen in Europa? „Keine Notwendigkeit für Eskalation eines Wettrüstens“ – Botschafter

Der russische Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, hat vor einem Wettrüsten in Europa gewarnt. Die entsprechende Meinung wurde auf der Facebook-Seite der Botschaft der Russischen Föderation publik gemacht.

Antonow kommentierte die jüngsten Aussagen des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, Robert O'Brien, wonach die USA bereit seien, zur Abschreckung Russlands bei Bedarf Hyperschall- und ballistische Raketen in Europa zu stationieren.

„Solche Absichten tragen die Bedrohung in sich, das Gleichgewicht der regionalen und globalen Sicherheit zu stören und führen zur Erhöhung des Konfrontationspotenzials (...)“ Sollte Washington wirklich an „einer realen Rüstungskontrolle“ interessiert sein, gebe es keine Notwendigkeit „für die Eskalation eines Wettrüstens auf dem europäischen Kontinent“, so der Botschafter.

Er bezeichnete die Vorschläge des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, über die Deeskalation in Europa unter Bedingungen des Außerkrafttretens des INF-Vertrags als eine „konstruktive Alternative“.

„Russland ist zu gemeinsamen Bemühungen mit ausländischen Partnern bereit, um ein neues Wettrüsten auf dem europäischen Kontinent und anderen Weltregionen zu verhindern“, sagte er abschließend. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30152/21/301522116_0:190:3000:1810_1000x0_80_0_1_3163486191b00a0d252c923d6253f07f.jpg

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 28. Oktober 3:00 Uhr bis 29. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstands mit folgenden Waffen geschossen:

Richtung Gorlowka: Antipanzergranatwerfer – einmal (2 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (4 Granaten).

Richtung Donezk: Antipanzergranatwerfer – einmal (10 Granaten).

Richtung Mariupol: 82mm-Mörser – einmal (2 Mörsergeschosse).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich folgende Bezirke/Ortschaften:

Dolomitnoje, Nabereshnoje, Shelesnaja Balka, Jakowlewka.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 18.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 5.

deutsch.rt.com: Auswärtiges Amt lehnt Putins Kompromissvorschlag wegen "Russlands INF-Ausstiegs" ab – Moskau kontert

Das russische Außenministerium kritisiert die Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, in der es sich mit der NATO solidarisiert. Russlands Initiativen zum INF-Vertrag seien "nicht vertrauenswürdig", hieß es. Als Grund gilt Russlands angeblicher Ausstieg aus dem Abkommen.

Andrea Sasse, Sprecherin des Auswärtigen Amtes, hat zuvor mitgeteilt, die Bundesrepublik habe das vom russischen Präsidenten Wladimir Putin vorgeschlagene Moratorium zur Stationierung von Mittel- und Kurzstreckenraketen in Europa zur Kenntnis genommen. Solche Angebote Moskaus seien jedoch "nicht neu", sagte sie. Dabei verwies sie laut der Nachrichtenagentur RIA Nowosti auf eine Aussage des NATO-Generalsekretärs Jens Stoltenberg vom vergangenen Jahr, in dem er diese aufgrund des vermeintlichen Ausstiegs Russlands aus dem INF-Vertrag für "nicht vertrauenswürdig" erklärte. Die Bundesrepublik schließe sich in dieser Hinsicht der Position der NATO an, so Sasse.

Das russische Außenministerium reagierte mit heftiger Kritik an den Aussagen der westlichen Partner und warf ihnen Unterstellung falscher Fakten vor. In einer am Mittwoch

veröffentlichten Pressemitteilung heißt es:

„Wir finden es wichtig, vor allem darauf hinzuweisen, dass die Aussagen über einen Ausstieg Russlands aus dem INF-Vertrag absolut unkorrekt sind. Unsererseits wurden keine Maßnahmen ergriffen, die auf einen Ausstieg zusteueren. Es sind die USA, die das Abkommen einseitig verließen, infolgedessen es außer Kraft gesetzt wurde. Die Russische Föderation behielt im Gegenteil ihr volles Engagement für den INF-Vertrag über die komplette Vertragsdauer hinweg bei und arbeitete bis zuletzt konsequent auf dessen Aufrechterhaltung hin. Zur Beilegung vorhandener Gegenansprüche unterbreiteten wir eine ganze Reihe von Initiativen, deren Umsetzung – darin sind wir überzeugt – ermöglicht hätte, den Vertrag aufrechtzuerhalten.“

Das russische Außenamt unterstrich, dass solche Aussagen ein Paradebeispiel für eine voreingenommene und reflexartige Reaktion seien, wenn man sich nicht einmal die Mühe gebe, sich mit den Vorschlägen Russlands auseinanderzusetzen. Das Außenministerium fuhr fort:

„Dies macht dem Vertreter des deutschen Auswärtigen Amtes wenig Ehre. Hier wird man unseres Erachtens verstehen müssen, dass die Fragen der internationalen Sicherheit einer sorgfältigen Analyse, der Kenntnis von Details und der Berücksichtigung der realen Sachlage bedürfen.“

Abschließend rief Moskau seine westlichen Partner dazu auf, die Vorschläge Russlands aufmerksam zu studieren und zu analysieren. Das russische Außenministerium zeigt sich weiterhin zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bereit, mit dem Ziel, die Folgen der Auflösung des INF-Vertrags zu minimieren.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2020.10/article/5f99d23748fbef1892573ab3.jpg>

Lug-info.com: In der LVR sind am 29. Oktober um 9:00 Uhr 1511 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1145 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gibt es 72 Todesfälle.

de.sputniknews.com: S-400-Lieferungen an Türkei: USA warnen Ankara vor weiteren Sanktionen

Der stellvertretende US-Außenminister für politisch-militärische Angelegenheiten, R. Clarke Cooper, hat die Türkei vor zusätzlichen Sanktionen gewarnt – für den Fall, dass Ankara die erworbenen russischen Flugabwehrsysteme S-400 tatsächlich in Betrieb nimmt. Darüber

berichtet das US-Magazin „National Defense“.

Die Türkei könnte zukünftig einen Rückgang der US-Waffenverkäufe erleben, warnte Cooper. „Im stetigen Gespräch, das wir mit türkischen Kollegen geführt haben, ging es darum, dass die S-400 mit US-Plattformen nicht (...) kompatibel ist. Sie ist nicht interoperabel mit der Nato. Und die Inbetriebnahme einer solchen Anlage oder eines solchen Systems birgt ein weiteres Risiko von Sanktionen und weitere Risiken von [Waffen-]Einschränkungen in sich“, sagte er bei einer Videokonferenz am Mittwoch.

Die US-Regierung habe gegenüber Ankara „sehr deutlich gemacht, dass die Tests der S-400 absolut inakzeptabel waren“, äußerte Cooper. Die Verhängung von Wirtschaftssanktionen sei eine politische Option, die sehr wohl auf dem Tisch liege.

Die Lieferungen der modernsten russischen Flugabwehrsysteme S-400, die eine Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten ausgelöst hatten, hatten Mitte Juli 2019 begonnen. Washington forderte Ankara auf, sich aus dem Geschäft zurückzuziehen und im Gegenzug amerikanische Systeme „Patriot“ zu kaufen. Die USA drohten, den Verkauf der neuesten Kampfflugzeuge F-35 an die Türkei zu verzögern oder zu stornieren sowie Sanktionen gemäß dem sogenannten Gesetz zur Bekämpfung der Gegner Amerikas (CAATSA) zu verhängen. Ankara weigerte sich, Zugeständnisse zu machen, und setzte die Verhandlungen über eine weitere Lieferung von S-400-Systemen fort.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/10/328202709_0:301:3077:1966_1000x080_0_1_3e2e2b53eb2fd9a96a3d385862d68e8f.jpg

Mzdnr.ru: Am 28. Oktober wurden in der DVR 171 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 29. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 6433 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2810 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 3115 als gesund entlassen, es gibt 508 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 300 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es in den letzten 24 Stunden 25 Todesfälle – Männer im Alter von 32 bis 73 Jahren und Frauen im Alter von 42 bis 84 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 189 Fälle von Lungenentzündung festgestellt, 14 weniger als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 129 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2226 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 493 mit Sauerstoffunterstützung (+57 in den letzten 24 Stunden).

de.sputniknews.com: **Nach Vernehmungen in USA: Botschaft warnt russische Journalisten vor Provokationen**

Die russische Botschaft in Washington hat in die Vereinigten Staaten reisende russische

Journalisten vor der Voreingenommenheit der US-Behörden und höchstwahrscheinlichen Provokationen gewarnt.

„Wir empfehlen russischen Medienmitarbeitern, die in die Vereinigten Staaten kommen, die Voreingenommenheit der US-Behörden ihnen gegenüber und das hohe Risiko provozierender Aktivitäten zu bedenken, die darauf abzielen, einen Vorwand zu schaffen, um russische Bürger der Einmischung in die inneren Angelegenheiten der USA zu beschuldigen“, heißt es in einer Erklärung der russischen Botschaft, die am Donnerstag veröffentlicht wurde.

Die Botschaft verurteilt aufs Schärfste eine weitere Provokation der US-Sicherheitsdienste gegen den russischen Journalisten Konstantin Roschkow, der vor zwei Wochen bei der Ankunft in New York stundenlang von Sicherheitskräften vernommen und aufgefordert worden war, Zugang zu allen verfügbaren elektronischen Geräten zu gewähren.

„Am 28. Oktober teilte der Korrespondent des Fernsehsenders RT Konstantin Roschkow mit, dass er am Vortag auf dem Flughafen New York City von US-Sicherheitskräften verhört worden war. Fast eine Stunde lang musste er Fragen zu seiner beruflichen journalistischen Tätigkeit beantworten“, hieß es.

Roschkow sei im Begriff gewesen, das US-Gebiet zu verlassen, da er seine Arbeit an einem Dokumentarfilm abgeschlossen hatte, betonte die russische Botschaft.

Besonders empörend sei die Tatsache, dass die russische Staatsbürgerschaft des Journalisten der Grund für die Vorfälle gewesen sei, hieß es in der Erklärung weiter.

„Wir fordern die Vereinigten Staaten auf, von der Diskriminierungspraxis von Journalisten aufgrund ihrer Nationalität abzusehen. Wir betrachten das Vorgehen der US-Behörden als einen groben Versuch, Druck auf den Medienvertreter auszuüben“, teilten russische Diplomaten mit. Das US-Außenministerium sei aufgefordert worden, eine Erklärung zu den Vorfällen abzugeben.

Zuvor hatte die Chefredakteurin von RT und Sputnik, Margarita Simonjan, via Instant-Messaging-Dienst Telegram mitgeteilt, dass der russische Journalist des Fernsehsenders RT, Konstantin Roschkow, im Flughafen von New York mehrere Stunden lang verhört worden war.

Nach Roschkows Angaben dauerte das Verhör über drei Stunden. Während dieser Zeit sollen die US-Offiziere ihm Papiere und Ausrüstung abgenommen und darum gebeten haben, sein iPhone zu entsperren, um Fotos und Korrespondenz ansehen zu können. Zudem hätten sie Fragen zu seiner Person, seiner Arbeit sowie darüber gestellt, mit welchen US-Amerikanern er vor der Reise in Kontakt gewesen sei und wen er in den Vereinigten Staaten treffen werde. Mitte Juli war ein Kamera-Team des russischen TV-Senders Perwyj Kanal bei der Berichterstattung über Proteste in der Stadt Portland (US-Bundesstaat Oregon) von Polizisten angegriffen worden. Die Journalisten trugen dabei Namensschilder mit der Aufschrift „Presse“. Die Kameraleute machten eine Reportage über Krawalle, deren Teilnehmer ein örtliches Gericht belagerten.

Später wurde der Korrespondent der Nachrichtenagentur RIA Novosti Michail Turgijew, der über die Proteste in Minneapolis (US-Bundesstaat Minnesota) berichtete, ebenfalls von der Polizei angegriffen: Man sprühte ihm Pfefferspray ins Gesicht, nachdem er den Journalistenausweis gezeigt und sich als Pressearbeiter vorgestellt hatte. Auf ähnliche Weise wurde auch mit einem Team des US-amerikanischen Fernsehsenders VICE verfahren.

Dan-news.info: In der DVR ist der 99. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums der RF mit 65 Tonnen Gütern eingetroffen. Darunter sind medizinische Ausrüstung, Medikamente und immunbiologische Präparate (Grippeimpfstoff).

Die Hilfe wird in den Facheinrichtungen des Gesundheitswesens der Republik entsprechend dem Bedarf verteilt werden.

Lug-info.com: In der LVR ist der 99. humanitäre Konvoi des Zivilschutzministeriums

Russlands. Er enthält 50 Tonnen Medikamente und medizinisches Material.

nachmittags:

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Trotz der Erklärungen der ukrainischen Seite in der Kontaktgruppe zur Regelung des Konflikts im Donbass über ihre Unterstützung von Frieden im Donbass verletzen die ukrainischen Kämpfer weiter die Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung.

So haben die Strafsoldaten der 53. Brigade nach der Abfahrt des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ General Nestrenkos aus der 53. Brigade, der dort den ukrainischen Kämpfern zum sechsten Jahrestag der Gründung der Bande gratuliert hatte, überzeugt von ihrer Straflosigkeit einen weiteren Terrorakt gegen die Zivilbevölkerung der Republik begangen.

In Verletzung des ersten Punkts der Zusatzmaßnahmen zum unbefristeten Regime der Feuereinstellung haben Kämpfer des 1. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Tschermalyk eine **Kampfdrohne in Richtung Nabereshnoje** gestartet, wo zu diesem Zeitpunkt Mitarbeiter des Zivilschutzministeriums der DVR Arbeiten zur Entschärfung nicht detonierter 82mm-Mörsergeschosse, die gestern von diesen Positionen der 53. Brigade abgefeuert worden waren, durchführten.

Den Verteidigern der Republik gelang es, den Akt der Aggression gegen friedliche Einwohner des Donbass zu verhindern. Während des Flugs über unsere Positionen wurde die **Kampfdrohne der ukrainischen Strafruppen mit Schusswaffen abgeschossen**. Aber während des Absturzes warf die Drohne eine Sprengvorrichtung auf die Positionen unserer Verteidiger ab. Mit Trauer teilen wir mit, dass durch die Detonation des abgeworfenen Geschosses **ein Verteidiger unserer Republik starb**.

Wir warnen die ukrainische Führung, dass ein fehlendes Ergreifen von Maßnahmen gegen das Kommando und die Kämpfer der 53. Brigade, die Vorsätzlich den geltenden Waffenstillstand verletzen, unausweichlich zu einer Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie führen wird und keine Wahl lassen wird, als adäquate Maßnahmen zu ihrer Stabilisierung zu unternehmen.

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR**

Von den ukrainischen Kämpfer zurückgelassene Sprengvorrichtungen bedrohen weiter das Leben und die Gesundheit der Zivilbevölkerung der Republik.

So erlitt ein örtlicher Einwohner, geb. 1996, der am Rand einer Wasserfläche am westlichen Rand von Grigorowka ging, Detonationsverletzungen, weil eine unbekannte Sprengvorrichtung detonierte, die von ukrainischen Strafsoldaten installiert worden war. Soldaten der Volksmiliz leisteten dem Verletzten erste Hilfe, danach wurde er in das Krankenhaus in Telmanowo gebracht.

Es ist wichtig anzumerken, dass der genannte Abschnitt durch Minengefahrschilder gekennzeichnet war.

Das Kommando der Volksmiliz wendet sich an alle Bürger: Seien Sie wachsam! Ignorieren Sie keine Minengefahrhinweise! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten nähern Sie sich diesen auf keinen Fall! Informieren Sie über gefundene gefährliche Objekte unverzüglich telefonisch die Notfalldienste des Zivilschutzministeriums, des Innenministeriums oder der Militärkommandantur. Gehen Sie auf einen sicheren Abstand und lassen Sie bis zur Ankunft von Spezialisten niemanden an diesen Ort.

deu.belta.by: **Lukaschenko gibt in Auftrag, die Arbeit der freiwilligen Volksabteilungen**

zu stärken

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hält es für notwendig, die Arbeit der freiwilligen Helfer der Polizei in Belarus zu stärken. Sie werden zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit beitragen. Das erklärte er heute bei der Ernennung neuer Helfer des Präsidenten im Gebiet Grodno und Brest, in der Stadt Minsk.

Streitkräfte würden die Sicherheit des Landes garantieren. Freiwillige Volksabteilungen müssten ihre Häuser schützen, so der Präsident.

Er betonte, dass ehemalige Militärangehörigen zu freiwilligen Helfern der Polizei werden müssen. „Sie können uns helfen. Jeder Mensch muss fühlen, dass er seine Familie und sein Land verteidigt“, resümierte der Staatschef.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 29.10.2020

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Kämpfer **viermal die Bedingungen der Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der unbefristeten Feueereinstellung verletzt**, nämlich das Verbot zur Eröffnung des Feuers.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer von den Positionen des 2. Bataillons der 24. mechanisierten Brigade der BFU im Gebiet von Nowoluganskoje aus mit einem Unterlaufgranatwerfer in Richtung **Dolomitnoje** geschossen. Von den Positionen des 18. Bataillons der 35. Brigade der BFU im Gebiet von Nowolunganskoje aus wurden zwei Granaten mit Antipanzergranatwerfern in Richtung **Shelesnaja Balka** abgefeuert.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 2. Bataillons der 54. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Awdejewka aus das Feuer mit Antipanzergranatwerfern in Richtung **Jasinowataja** eröffnet.

In **Richtung Mariupol** haben Strafruppen von den Positionen des 1. Bataillons der 53. mechanisierten Brigade der BFU im Gebiet von Tschermalyk aus mit 82mm-Mörsern in Richtung **Nabereshnoje** geschossen und zwei Mörsergeschosse abgefeuert. Dabei haben unsere Beobachter festgestellt, dass die ukrainischen Strafsoldaten vor dem Beschuss **zielgerichtet Schilf am Ufer des Kalmius in Brand gesetzt** haben, später verbreitete sich das Feuer in Richtung der Positionen der BFU. Es brannte trockenes Gebüsch auf einer Fläche von etwa einem Hektar ab. Durch den Brand wurde ein Fahrzeug der Kämpfer vom Typ „GAS-66“ vernichtet.

Diese Sachverhalte wurde operativ den Vertretern der ukrainischen Seite im GZKK zur Kenntnis gegeben, damit sie Maßnahmen gegen die den Waffenstillstand verletzenden Kämpfer der BFU unternehmen.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 1. Bataillons der 53. Brigade wieder eine Provokation begangen und den ersten Punkt der Zusatzmaßnahmen zum Waffenstillstand verletzt.

So haben Beobachter der DVR im GZKK den **Flug einer Kampfdrohne der ukrainischen Strafruppen im Gebiet von Tschermalyk** bemerkt. Als sie sich Nabereshnoje näherte, haben unsere Soldaten das Feuer mit Schusswaffen eröffnet, dabei wurde die feindliche Drohne abgeschossen. Beim Absturz wurde von der Kampfdrohne eine Sprengvorrichtung auf die Positionen unserer Verteidiger abgeworfen.

Wir teilen mit Trauer mit, dass aufgrund der Detonation des ukrainischen Geschosses ein Verteidiger unserer Republik starb. Wir bringen seinen Verwandten und Freunden unser Mitgefühl zum Ausdruck.

Außerdem erlitt heute Morgen ein Zivilist, geb. 1996, der sich am Ufer einer Wasserfläche am westlichen Rand von Grigorowka bewegte, Detonationsverletzungen als eine unbekannte Sprengvorrichtung explodierte, die von ukrainischen Strafruppen installiert worden war. Soldaten der Volksmiliz leisteten dem Verletzten erste Hilfe, danach wurde er in das Krankenhaus von Telmanowo eingeliefert.

Beobachter der OSZE-Mission haben im Bericht vom 27. Oktober 2020 die **Stationierung**

von vier Schützenpanzerwagen aus dem Bestand der 35. und 79. Brigade in den Gebieten von Archangelskoje und Slawnoje bestätigt.

Außerdem behindern die bewaffneten Formationen der Ukraine weiter die Arbeit der OSZE-Mission auf von ihnen kontrolliertem Territorium. So hat unsere Aufklärung Informationen erhalten, dass das Kommando des 2. Bataillons der 53. Brigade Anweisungen erteilt hat, einen zusätzlichen Checkpoint im Gebiet von Bogdanowka auf der Route der OSZE-Mission zu errichten.

Die epidemiologische Lage in den Verbänden und Truppenteilen der BFU in der OOS-Zone bleibt schwierig.

Es wurde bekannt, dass ein weiterer Kommandeur eines Verbandes in der OOS-Zone an der Coronavirusinfektion erkrankt ist. Wir erinnern daran, dass zuvor der Kommandeur der 53. Brigade der BFU Titenko an der Coronavirusinfektion erkrankt war. Gestern wurde der Kommandeur der 35. Brigade, der Kriegsverbrecher Palas mit einer bestätigten Diagnose „COVID-19“ in den ständigen Stationierungspunkt (Datschnoje, Oblast Odessa) evakuiert. Im Zusammenhang mit der massenhaften Verbreitung der Infektion hat der Leiter des Stabs des Verbandes Andrienko zur Verhinderung möglicher Panikstimmungen unter den leitenden Offizieren der 35. Brigade und den Soldaten seinen Untergebenen mitgeteilt, dass der Brigadekommandeur auf Aufforderung des Kommandeurs der Marinestreitkräfte Neishpapa in den ständigen Stationierungspunkt abgereist sei. Gemäß der Legende ist die Ursache für seine Abreise die Ergebnisse der Arbeit einer Kommission des Stabs der Marinestreitkräfte im ständigen Stationierungspunkt der 35. Brigade, die eine Reihe von Verstößen durch Untergebene bei der Überführung der Technik in den Winterbetriebszustand festgestellt haben.

Wir empfehlen den Soldaten der 35. und der 53. Brigade der BFU vom Kommando zu fordern, medizinische Tests auf Coronavirusinfektion durchzuführen, um deren Verbreitung und ihren Kameraden und der Bevölkerung des Donbass zu verringern.

Gleichzeitig damit wurden in den Marineinfanterieeinheiten der BFU in den letzten 24 Stunden **weitere Fälle von nicht kampfbedingten Verlusten** festgestellt.

Am 28. Oktober verletzte der Matrose Nosatyj beim Beschuss des Territoriums der Volksrepublik von den Positionen des 18. Bataillons der 35. Brigade im Gebiet von Nowgorodskoje aus infolge von unvorsichtigem Umgang mit der Waffe seinen Kameraden, den Obermatrosen Guds, mit einem Schuss mit einer Maschinenpistole. Der verletzte Soldat der BFU wurde mit einer Schussverletzung in den Sanitätspunkt des Bataillons gebracht. Der Matrose Nosatyj, der eine Bestrafung für die Tat fürchtete, hat eigenmächtig den Dienstort mit der Waffe verlassen. Derzeit finden im Verantwortungsbereich der 35. Brigade operative Fahndungsmaßnahmen nach dem Deserteur statt.

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko am 29. Oktober 2020

In den letzten 24 Stunden wurde **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Die Beobachter der OSZE stellen weiter **Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte in Ortschaften** auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium fest. Diese Sachverhalte werden im Bericht der OSZE vom 28.10.20 angegeben. In den letzten 24 Stunden wurde die Stationierung eines gepanzerten Aufklärungs- und Spähfahrzeugs und einer Erdräummaschine in der Nähe von Stschastje festgestellt. ...

de.sputniknews.com: Nato-Schiffe im Schwarzen Meer unter den Argusaugen Russlands

Die russische Kriegsmarine behält nach Angaben des Nationalen Verteidigungszentrums in Moskau die Bewegungen von Nato-Schiffen im Blick, die sich seit dem heutigen Donnerstag im Schwarzen Meer aufhalten

„Die Schwarzmeerflotte überwacht ununterbrochen die Aktionen der Minenräumboote der Nato, die am 29. Oktober im Schwarzen Meer eingetroffen sind“, so das Nationale Verteidigungszentrum.

Nach seinen Angaben gehören ein Frachtschiff der griechischen Marine sowie je ein Minensuchboot aus Frankreich, Italien und Spanien dem Verband an.

Die russische Kriegsmarine berichtet regelmäßig von Kriegsschiffen aus Nato-Ländern, die in angrenzenden Gewässern aufkreuzen.

So hieß es im September, dass der US-Zerstörer USS Ross nach der Ankunft in der Ostsee im Blick behalten werde. Eine Woche davor hatte die russische Flotte ein waches Auge auf einen Nato-Schiffsverband in der Barentssee gehabt.

dnronline.su: Heute führte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin eine weitere Videokonferenz mit den Leitern der Verwaltungen der Städte und Bezirke zu Fragen der Heizperiode bei sozialen Objekten und Wohnraum durch. An der Sitzung nahm auch der Generaldirektor des staatlichen Unternehmens „Donbassteploenergo“ Alexej Zjupka teil. Denis Puschilin legte einen Schwerpunkt auf die Heizungsversorgung der Bildungseinrichtungen, vor allem der allgemeinbildenden Schulen, weil die Kinder am 2. November wieder in die Schule gehen, er beauftragte Alexej Zjupka alle Heizwerke, die Schulen heizen, am 30. Oktober in Betrieb zu nehmen.

„Damit wir das noch einmal überprüfen können und Sie die Möglichkeit haben, Störungen zu beseitigen, wenn solche auftreten. Damit unsere Kinder am Montag in warme Schulen gehen“, unterstrich Denis Puschilin.

Bei der Besprechung wurden auch Probleme der Städte und Bezirke besprochen, die in der Sitzung am 15. Oktober aufgeworfen worden waren.

„Außerdem bitte ich die Leiter über die an die Heizung angeschlossenen Häuser bezüglich konkreter Adressen, die ihnen die Administration des Republikoberhauptes übergeben hat, zu berichten. Ich merke an, dass bei einigen von Ihnen, trotz der Erklärungen, dass alles zu 100% bereit sei, Probleme entdeckt wurden. Das darf so nicht sein. Ihre Aufgabe ist es, die Ordnung in den Städten und Bezirken zu verfolgen und alle Unzulänglichkeiten operativ zu beseitigen. Die Informationen über Probleme kommen zu mir, darum ist es besser, operativ zu reagieren und seine Funktionen auszuführen. Ich weiß, dass es viele Probleme gibt und sie für einen gewissen Zeitraum noch bestehen werden, weil unsere Systeme, das ist allen klar, abgenutzt sind. Dennoch heißt das nicht, dass wir die Probleme nicht lösen müssen“, unterstrich Denis Puschilin.

de.sputniknews.com: So etwas wie „Charlie Hebdo“ wird es bei uns nicht geben – Kreml Eine Satirezeitschrift wie „Charlie Hebdo“ wird es in Russland laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, niemals geben. Auch wenn der Großteil der russischen Bevölkerung sich zum orthodoxen Glauben bekenne, würden derzeit im Land etwa 20 Millionen Muslime leben.

„Die Einzigartigkeit unseres Landes besteht in seiner multinationalen und multikonfessionellen Natur. Vertreter verschiedener Religionen leben in Russland in gegenseitigem Respekt zusammen. Und deshalb kann eine solche Zeitschrift in unserem Land gar nicht entstehen, auch angesichts unserer aktuellen Gesetzgebung“, so der Kremlsprecher weiter.

Auf die Frage, ob es zulässig sei, Karikaturen von Gott zu zeichnen, antwortete Peskow ausweichend: „Gott ist eine so komplexe Substanz, dass es unmöglich ist, darüber von einem offiziellen Standpunkt zu diskutieren.“

Nach dem brutalen Mord an dem Lehrer Samuel Paty durch einen mutmaßlichen Islamisten hatte der französische Präsident, Emmanuel Macron, mehrmals die Meinungsfreiheit und Veröffentlichung von Karikaturen des islamischen Propheten Mohammed in der

Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ verteidigt. Der Lehrer hatte im Unterricht die Bilder als Beispiel für Meinungsfreiheit gezeigt.

Macron stellte Maßnahmen im Kampf gegen „islamistischen Separatismus“ vor. Es gehe darum, einen „Islam der Aufklärung“ aufzubauen und ihn von ausländischem Einfluss zu befreien. Auch die Finanzierung von Moscheen soll stärker kontrolliert werden.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/31771/81/317718183_35:122:3076:1767_1000x0_800_1_112ea538619246335018f25e12ffa97a.jpg

Dnronline.su: Ab Montag, dem 2. November werden 145.000 Schüler der DVR nach den Ferien eine Woche später als geplant wieder normal in die Schule gehen. So fängt das zweite Schulquartal an. Dabei wird besondere Aufmerksamkeit auf die Durchsetzung der Sicherheitsmaßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung der Coronavirusinfektion gelegt werden, erklärte heute der Bildungs- und Wissenschaftsminister der DVR Michail Kuschakow.

„Wir werden die Ausführung streng verfolgen, Kontrollen vor Ort durchführen. Und nicht nur unser Ministerium, sondern alle interessierten Behörden und Dienste. Für die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen sind die Leiter der Bildungseinrichtungen verantwortlich“, sagte er. Dabei geht um Hygieneregeln, Einhaltung der sozialen Distanz, Regeln beim Unterricht und in den Pausen, unter anderem keine Massenansammlung von Kindern und Lehrern, keine Außenstehenden dürfen auf das Schulgelände kommen.

Die Eltern haben die Verantwortung, jeden morgen die Gesundheit ihrer Kinder zu kontrollieren, das Fieber zu messen. Wenn ein Kind nicht gesund ist, muss es zu Hause bleiben und der Arzt muss nach Hause gerufen werden.

de.sputniknews.com: Putin über Nachteile der Zusammenarbeit mit Trumps Regierung

In der Zusammenarbeit mit der Regierung des US-Präsidenten Donald Trump gibt es laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowohl Vor- als auch Nachteile.

„Es gibt auch Nachteile bei der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten. Die aktuelle Regierung hat 46 Mal neue Sanktionen gegen Russland und juristische Personen sowie Wirtschaftsteilnehmer von uns verhängt. 46 Mal – so viel wie nie zuvor! Jedoch wuchs der Handel trotz dieser Einschränkungen um 30 Prozent im vergangenen Jahr“, sagte Putin bei einem Treffen des VTB-Capital-Investitionsforums „Russland ruft!“.

Die Länder haben bislang laut dem russischen Präsidenten eine effektive Zusammenarbeit geführt, um Energiemärkte zu stabilisieren. „Präsident Trump hat sich persönlich aktiv und sehr effektiv daran beteiligt“, so Putin weiter.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32530/35/325303501_0:306:3091:1978_1000x0_80_0_1_e74991f04b3606f9fd319822f8b7e73c.jpg

Wpered.su: Gratulation des ZK der KP der DVR zum 102. Jahrestag der Gründung des Komsomol

Genossen Komsomolzen!

Ihr seid nicht nur unsere Ablösung und Stütze, ihr stellt eine Generation aktiver Kämpfer für die Sache des arbeitenden Volks dar.

Wir sind auf die heldenhaften Komsomolzen stolz, die für den Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft weder ihre Kräfte noch ihr Leben schonten. Leider wurde im Jahr 1991 der historische Prozess zurückgeworfen. Aber die Sache von Marx, Engels, Lenin, Stalin, die Sache aller Kommunisten und ihrer jungen Garde, der Komsomolzen, konnten die Feinde nicht vernichten. Die rote Fahne wird wieder über unserer unermesslich weiten Heimat wehen.

Ihr, Genossen Komsomolzen, seid weder für Gewinn noch Würden in den Leninschen Kommunistischen Jugendverband gekommen. Ihr seid gekommen, um für eine helle Zukunft für alle Menschen der Arbeit zu kämpfen. Die proletarische Revolution ist unausweichlich. Und den Komsomolzen steht noch bevor, in den „letzten und entscheidenden Kampf“ gegen den Weltimperialismus zu gehen.

Das Zentralkomitee der KP der DVR gratuliert den Komsomolzen herzlich zum Feiertag. Wir, die Kommunisten, sind stolz auf Euch!

Das Zentralkomitee der KP der DVR

wpered.su: Komsomolzen der DVR nahmen an einer Online-Versammlung zum 102. Jahrestag des Leninschen Komsomol teil

Am 29. Oktober nahmen Vertreter des Leninschen Komsomol der DVR an einer feierlichen Versammlung des Partei- und Komsomolaktivs zum 102. Jahrestag des Leninschen Komsomol teil. Die Veranstaltung fand online statt, dies berichtet ein Korrespondent von „Wperjod“.

Mit einem Grußwort wandte sich der Vorsitzende des ZK der KPRF Gennadij Andrejewitsch Sjuganow an die jungen Kommunisten. Die Versammlung eröffnete der Sekretär des ZK der KPRF, der erste Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol der RF Wladimir Isakow.

Danach wurden Videomaterialien über die ruhmreiche Geschichte des Leninschen Komsomol und die Orden, mit denen diese größte Jugendorganisation ausgezeichnet wurde, gezeigt.

Zu den Teilnehmern sprachen auch: der stellvertretende Vorsitzende des ZK der KPRF Jurij Wjatschewslawowitsch Afonin, Sekretär des ZK der KPRF, der Präsident der Weltföderation der Demokratischen Jugend Aritz Rodríguez Galan, der Vorsitzende des Exekutivkomitees der

Union der Komsomolorganisationen WLKSM Ilgam Isabekowitsch Gapisow, der erste Sekretär des ZK des Leninschen Komsomol der Ukraine Michail Kononowitsch, der Sekretär der Kommunistischen Partei Belarus' Sergej Klischewitsch.
Die Beiträge wurden von zum Feiertag erstellten Videos begleitet.



<http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/10/IMG-0bd3ef92427b5330d5e5f552ade33a0d-V-768x576.jpg>

abends:

deutsch.rt.com: **Putin: Russland kann mit Massenimpfungen gegen Coronavirus bis Jahresende beginnen**

Russland kann mit den Massenimpfungen gegen das Coronavirus bis Ende des Jahres beginnen. Dies sagte Präsident Wladimir Putin in der Plenarsitzung des Investitionsforums "Russland ruft!". Er betonte, dass beide in Russland registrierten Impfstoffe erfolgreich getestet sind.

"Wir haben keinen einzigen ernsthaften Fehler in diesem Bereich. Die Impfstoffe von 'Vector' und dem 'Gamaleja-Zentrum' wirken effektiv. Es geht um die Etablierung der Massenproduktion. Dieser Impfstoff ist bereits in allen Regionen angekommen. Ich hoffe, dass wir Ende des Jahres mit der Massenimpfung beginnen können", sagte der Präsident. Er betonte, dass beide Impfstoffe, die von dem russischen Gesundheitsministerium registriert sind, die wichtigsten Anforderungen erfüllen.

Putin sagte zudem, dass die russischen Coronavirus-Impfstoffe in erster Linie den russischen Bürgern zur Verfügung gestellt werden. „Zunächst einmal müssen wir dafür sorgen, dass die russischen Bürger und unser Volk geimpft werden und dass ihre Gesundheit vor dieser gefährlichen Infektion geschützt wird“. Jedoch sei Russland bereit, auf den ausländischen Märkten zu arbeiten, betonte der russische Staatschef.

Russland sei auch bereit, aktiver mit ausländischen Partnern im wissenschaftlichen Bereich bei der Entwicklung eines Impfstoffes gegen das Virus zusammenzuarbeiten, sagte Putin. „Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir im Allgemeinen bereit sind, enger mit unseren Kollegen und im wissenschaftlichen Bereich zusammenzuarbeiten, als es bisher der Fall war.“

Das alljährliche Investitionsforum "Russland ruft!" wird seit dem Jahr 2009 von der russischen Bank VTB Capital veranstaltet und ist das wichtigste alljährliche Ereignis, das das Investitionsklima und die Außenhandelsbeziehungen Russlands fördert sowie für Investitionen in die russische Wirtschaft wirbt. An der Veranstaltung nehmen alle führenden

Konzerne und Firmen des Landes, aber auch hochrangige Vertreter der Behörden teil. Der russische Präsident Wladimir Putin hat das Forum noch nie versäumt.

Im Jahr 2020 findet das Forum bereits zum 12. Mal statt. Wegen der COVID-19-Pandemie wird die Veranstaltung erstmals in der Geschichte im Online-Format ausgetragen. Die Live-Übertragung ist weltweit abrufbar. Vom 29. bis zum 30. Oktober diskutieren die Teilnehmer über den breiten Themenkreis "Globale Herausforderungen, eigene Lösungen". Der Schwerpunkt liegt dabei auf der makroökonomischen Situation, der Situation auf den Finanzmärkten, der COVID-19-Pandemie und der Zeit danach sowie auf Technologien für eine sichere Zukunft.

armiyadnr.su: Operative Informationen des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR

Die ukrainischen Kämpfer unterlassen die Versuche nicht, den Einwohner der Republik möglichst großes Leid zuzufügen.

Dem Beispiel der Kämpfer der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte, die eine Kampfdrohne eingesetzt hatten, folgend haben ukrainische Strafsoldaten der 35. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte zum zweiten Mal am heutigen Tag einen Terrorakt unter Einsatz einer Drohne begangen.

So haben nach uns vorliegenden Informationen ukrainische Marineinfanteristen der 35. Brigade der ukrainischen Streitkräfte versucht, ein Geschoss auf die Positionen unserer Verteidiger im Gebiet von Schirokaja Balka abzuwerfen.

Aber Mannschaften der Luftabwehr und der elektronischen Kriegsführung der Volksmiliz haben den verbrecherischen Plan des Gegners zum Scheitern gebracht. Ein Mannschaft einer Station „Terrikon M2N“ hat den Leitungs kanal der Drohne blockiert, dadurch stürzte sie auf die ukrainischen Positionen. Danach detonierte das Geschoss und löste einen Brand aus. Der Fall des Einsatz eines Brandgeschosses zeugt von den Absichten der Kämpfer Palas‘ einen Brand im Gebiet von Schirokaja Balka zu provozieren, dessen Verbreitung die Häuser der Einwohner der Ortschaft gefährdet hätte.

Nach operativen Informationen unserer Aufklärung brannte infolge des Brandes ein Unterstand der 2. Kompanie des 18. Bataillons der 35. Brigade vollständig ab, in diesem wurden sechs Maschinenpistolen mit Munition sowie mehr als zehn Panzerwesten und Helme vernichtet. Außerdem vergifteten sich bei dem Brand zwei Besatzer mit Rauchgas, einer erlitt sehr starke Brandwunden an Armen und Beinen.